

Vorstufe für die nächste Schlacht

Radikale Muslime wollen zuerst gegen Christen, dann gegen moderate Glaubensbrüder vorgehen



Religiöse Minderheit ohne Zukunft im Land. Christen während der Ostermesse in Basra, südlich von Bagdad. Foto Keystone

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Ob im Irak, in Syrien, Libanon, Ägypten oder in Palästina: Für Christen ist im Mittleren Osten kein Platz mehr. In keinem Staat können sie sich Hoffnung auf gleiche Behandlung durch das Gesetz machen, sagt Daniel Williams, der soeben ein Buch über Christen im Mittleren Osten veröffentlicht hat*. «Wir wollten im Irak leben, aber der Irak wollte uns nicht», fasste ihm gegenüber ein irakischer Priester die Stimmung unter seinen Glaubensgenossen zusammen.

In Syrien ist die Lage für Christen ähnlich aussichtslos. Sollte das Regime von Baschar al-Assad den Bürgerkrieg gewinnen, wird sich die Wut der Bevölkerung gegen Christen entladen, weil ihnen vorgeworfen wird, sie hätten das Regime unterstützt. Wird Assad am Ende der Wirren abgesetzt und übernahmen Islamisten die Macht, wird es

Christen erst recht an den Kragen gehen. Dann werden sie im Land, in dem das Wort «Christ» vor 2000 Jahren erstmals verwendet wurde, definitiv keine Zukunft haben.

Der grausame Wahnsinn

Desolat ist es für Christen auch in Ägypten. Hoffnungen, dass der Arabische Frühling für ein entspanntes Verhältnis zu den Muslimen sorgen würde, haben sich längst zerschlagen. Schlimmer noch: Islamisten werfen den Christen vor, bei der Absetzung von Präsident Mohamed Mursi, dem Muslimbruder, die Hand im Spiel gehabt zu haben. Deshalb halten jetzt viele Christen zu Präsident Abdel Fattah al-Sisi. Das macht sie indessen angreifbar.

Auch Christen in Libanon, die es sich im komplexen Religionsgeflecht des Staates bisher recht komfortabel eingerichtet haben, bangen um ihre

Sicherheit. Sie befürchten, dass der grausame Wahnsinn des syrischen Bürgerkriegs Libanon erfassen könnte. In den palästinensischen Gebieten spüren Christen das Erstarren islamischer Kräfte ebenfalls. Ihre Religion werde nur in einigen Museen überleben können, nicht aber als Gemeinschaft, befürchten sie. Die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO), die anfänglich eine säkulare und nationale Bewegung war, wird immer mehr von Islamisten in Beschlag genommen.

Das Vorgehen gegen Christen sei bloss ein erster Schritt, mahnt Williams. Dem Kampf gegen Christen werde ein Krieg unter Muslimen folgen. Sobald radikale Muslime das «christliche Problem» gelöst haben, würden sie gegen diejenigen Glaubensbrüder vorgehen, die sie für zu moderat halten. Dieser Trend lasse sich bereits in Mossul und in Rakka erkennen, meint der Buchautor.

Anhänger des Wahhabismus und militante Salafisten verachten zum Beispiel Sufis als Abweichler, die auszumerzen sind. Besonders bedenklich und heuchlerisch: Religiöse Führer schweigen dazu, weil sie die (scheinbare) Einheit unter Muslimen zumindest nach aussen bewahren wollen.

Einst waren Christen in der arabischen Politik willkommen, zum Beispiel im Irak, in Ägypten oder in den palästinensischen Gebieten. So war im vergangenen Jahrhundert der ägyptische Nationalismus von Christen geprägt, bei der Gründung der Baath-Partei in Bagdad waren Christen beteiligt. Stets versuchten sie, das Ideal der Gleichberechtigung für alle zu realisieren. Jetzt aber steht nicht mehr die nationale Identität im Vordergrund, sondern die islamische – und da bleiben religiöse Minderheiten aussen vor. Die Zeiten, in denen Christen in der arabischen Politik aktiv beteiligt waren, sind längst vorbei. Libanon ist lediglich die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Fluchtartig verlassen

Die Zahlen zeigen deutlich, wie es um das Los der Christen im Nahen Osten bestellt ist. Im Irak lebten beim Sturz von Saddam Hussein 1,4 Millionen Christen, heute sind es weniger als 300 000. In Syrien sind mindestens 500 000 oder ein Drittel der Christen aus ihren Häusern geflohen. Bedrängt werden Christen ebenfalls in Ägypten. Viele der rund sechs Millionen Kopten haben ihre Heimat fluchtartig verlassen. Auch aus Gaza und aus der Westbank setzen sie sich ab, vor allem, um dem Eifer der Islamisten zu entkommen.

Die Marginalisierung der Christen ist kein neuer Trend – er hat sich in den vergangenen Jahren bloss verschärft. Im Jahre 1910 lag der Bevölkerungsanteil der Christen im Mittleren Osten bei 14 Prozent – heute beträgt er lediglich vier Prozent. Kirchenführer sorgen sich, dass ihre Religion nach 2000 Jahren aus der Region verschwinden könnte.

Hinter dem Verschwinden von Christen verbergen sich Hunderttausende von individuellen Tragödien. Aber nicht nur: Ihr Verschwinden schadet der Entwicklung der Region. Durch den Braindrain verliert der Mittlere Osten ein wesentliches Element seiner Vielfalt. Christen setzen sich für ein

säkulares Leben ein und vertreten ein liberales Denken. Der Verlust dieses moderaten Einflusses, der das kritische Denken fördert, könnte zur Folge haben, dass radikale Ideologien noch mehr Raum haben werden als bisher, heisst es im Bericht «Salz der Erde», der von drei christlichen Organisationen zusammen mit der University of East London herausgegeben wurde**.

Gleichzeitig werden die Spuren des nahöstlichen Christentums ausgelöscht, sagt der katholische Priester Hanna Kildani aus Jerusalem. In den Schulbüchern wurden Hinweise auf die christliche Tradition oder die Kirchengeschichte gestrichen. Wenn Christen erwähnt würden, so Kildani, dann mit fehlerbehafteten Informationen und mit dem Hinweis, es handle sich bei der Religion um eine westliche (also ausländische) Form des Kolonialismus. Auch in Ägypten, das vor der muslimischen Invasion am Ende des 7. Jahrhunderts christlich war, wird die koptische Geschichte ausgeblendet, weiss ein pensionierter Lehrer aus dem Niland. Ähnliches berichten Christen aus dem Irak: Es werde nicht erwähnt, dass das Christentum lange vor dem Islam im Irak wichtig war. Dabei, meint der libanesische Priester Paul Karam erbost, seien Christen keineswegs nur Gäste im Mittleren Osten: «Wir sind die ersten Besitzer des Landes.»

* Daniel Williams: Forsaken: The Persecution of Christians in Today's Middle East, OF Books, März 2016.

** Hope for the Middle East: Impact and Significance of the Christian Presence in Syria and Iraq during the Current Crisis, online unter: www.aina.org/reports/hftme.pdf, Februar 2016.

Ein Kenner vor Ort

Zürich. Daniel Williams stellt heute Mittwoch um 18.00 Uhr im Hotel Glockenhof in Zürich sein neues Buch «Forsaken: The Persecution of Christians in Today's Middle East» vor. Der 66-jährige Journalist hat den Nahen Osten intensiv bereist. Aus Kairo berichtete er unter anderem für die *Washington Post* und für *Bloomberg News*. Danach arbeitete er für die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. heu

TTIP: Schlechte Stimmung

USA unzufrieden mit Freihandel

Washington. Die TTIP-Debatte verläuft auf beiden Seiten des Atlantiks in völlig unterschiedlichen Bahnen. Die Sorge der Europäer um ihre Standards im Verbraucher- und Umweltschutz beschäftigt die US-Öffentlichkeit naturgemäss wenig – ein gemeinsamer Nenner ist aber die Kritik an mangelnder Transparenz der Verhandlungen. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verzeichnete eine Zustimmung von nur noch 15 Prozent unter den US-Bürgern zu dem Abkommen; vor zwei Jahren waren es noch 53 Prozent. Zwar lehnten nur 18 Prozent das Abkommen ab – doch wenn es um TTIP geht, herrscht bei den US-Bürgern vor allem Verunsicherung: Fast die Hälfte der Befragten sagte, sie habe über das Abkommen «zu wenig gehört».

Wachstum ankurbeln

In ihrer Reaktion auf die Enthüllungen der Umweltorganisation Greenpeace zum Stand der TTIP-Verhandlungen trat die US-Regierung denn auch dezidiert dem Vorwurf entgegen, das Abkommen sei ein Hinterzimmer-Deal: Die Verhandlungsziele der USA basierten auf «ausgedehnten Konsultationen» unter anderem mit Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen, versicherte ein Sprecher des Handelsbeauftragten Michael Froman.

Ziel von TTIP sei es, das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt anzukurbeln – und auch, die «Beteiligung der Öffentlichkeit» an Handelsregulierungen zu stärken. SDA

Eine Symbolfigur in Nöten

Sadiq Khan will als erster Muslim Bürgermeister von London werden

Von Sebastian Borger, London

London, glaubt Zac Goldsmith, stehe «am Rande einer Katastrophe». Wenn die Umfragen stimmen, gewinnt bei der Kommunalwahl morgen Donnerstag der Kandidat der «weit links stehenden, intoleranten, wirtschaftsfeindlichen Labour Party, die Terroristen für ihre Freunde hält». Der Artikel des konservativen Bewerbers fürs Bürgermeisteramt der 8,5-Millionen-Metropole erschien am Sonntag in der viel gelesenen *Mail on Sunday*. Mit keinem Wort erwähnte Goldsmith (41) die Religion des Gegenkandidaten.

Das war auch nicht nötig, denn die perfide Polemik stand unter einem Bild, das Londonern einen Schauer über den Rücken jagt: das Wrack jenes roten Doppeldeckers, den ein islamistischer Terrorist im Juli 2005 in die Luft sprengte, nachdem drei andere Selbstmordattentäter in Londoner U-Bahnzügen für blutiges Chaos gesorgt hatten. 52 Menschen wurden ermordet, mehrere Hundert teilweise schwer verletzt. Der Rädelsführer hiess Mohammed Sidique Khan. Der Name des Labour-Kandidaten? Sadiq Khan.

Als der Anwalt und Unterhausabgeordnete für den armseligen Londoner Bezirk Tooting im Herbst von seiner Partei auf den Schild gehoben wurde, testeten Meinungsforscher die Haltung des Wahlvolks. Ein Drittel bekannten sich zu einem «Gefühl des Unwohlseins» beim Gedanken an einen gläubigen Muslim im Rathaus. Im Lauf der Kampagne aber lag Khan (45) in allen Umfragen weit vor dem Tory-Konkur-

renten Goldsmith sowie den ohnehin unbedeutenden Kandidatinnen der kleineren Parteien.

Seine Biografie drückt gerade ideal das Lebensgefühl der Weltstadt aus, wo mehr als dreihundert Sprachen gesprochen werden und Weisse nur noch knapp in der Mehrheit sind. In London geboren als Sohn einer Näherin und eines Busfahrers aus Pakistan, mit sieben Geschwistern in Tooting aufgewachsen, Staatsschule, Jura-Studium, schon in jungen Jahren einer der profiliertesten Menschenrechtsanwälte des Landes, im letzten Labour-Kabinetts Staatssekretär für Verkehr.

Symbol für Londons Offenheit

Khan bewies stets Distanz von den Fundamentalisten: Britische Muslime sollten sich in Grossbritannien besser integrieren und Englisch lernen, argumentierte er schon 2008. Wichtig seien vor allem mehr Mitspracherechte und Förderung für Frauen, auch in Moscheen. Sein Votum für die Schwulenehe brachte ihm Morddrohungen islamistischer Fanatiker ein. In Wahrheit kann man in Zeiten nationalistischer Hassparolen und Islamophobie à la Trump der britischen Hauptstadt kaum einen besseren Nachfolger des charismatischen Boris Johnson wünschen. Khan wäre Symbolfigur für Londons Offenheit und für die gelungene Integration vieler ethnischer Minderheiten, darunter auch der überwältigenden Mehrheit britischer Muslime.

Ob er ganz zuletzt noch stolpert? In den letzten Tagen haben führende Labour-Leute, darunter der legendäre

frühere Bürgermeister Ken Livingstone, das Land mit antisemitischen Äusserungen erschreckt. Das könnte dem Muslimen Khan auf die Füsse fallen, wenn er selbst auch über jeden Verdacht erhaben ist und sich scharf von Livingstone distanzierte.

Reicher Gegenkandidat

Anders als Khans Glaube spielt die jüdische Abkunft des Tory-Kandidaten in der öffentlichen Debatte keine Rolle, auch Goldsmith selbst erwähnt sie mit keinem Wort. Das Leben habe es «gut mit ihm gemeint», teilt der Unterhausabgeordnete für den feinen Vorort Richmond gern mit: Sohn eines Fotomodells und des EU-feindlichen Milliardärs und Gründer der Referendum Party, James Goldsmith; in zweiter Ehe mit einer Rothschild verheiratet; laut *Sunday Times* ausgestattet mit einem Familienvermögen von 359 Millionen Euro. Goldsmith hat sich als Umweltaktivist, Parteirebell und EU-Feind einen Namen gemacht. Im Londoner Rennen wirkte er lange so, als sei ihm «der Sieg gar nicht so wichtig», wie Isabel Hardman vom rechten intellektuellen-Magazin *Spectator* missbilligend schrieb.

Die Konservativen beteuern stets, es gehe weder um Rasse noch Religion. Gleichzeitig werben sie unter Gruppen wie Sikhs und Hindus mit Flugblättern, die sehr deutlich das Misstrauen gegenüber Muslimen schüren. Mit den brutalen Angriffen auf Khan hat Goldsmith das Duell personalisiert: «Es geht ums Urteilsvermögen.» Der Satz könnte in der toleranten, eher links orientierten Stadt leicht nach hinten losgehen.

Nachrichten

Pediga-Chef Bachmann zu Geldstrafe verurteilt

Dresden. Pegida-Gründer Lutz Bachmann ist vom Amtsgericht Dresden wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 9600 Euro verurteilt worden. Der Kopf des islam- und fremdenfeindlichen Bündnisses soll Flüchtlinge in Facebook-Kommentaren herabgewürdigt haben. Zudem wird Bachmann vorgeworfen, zum Hass gegen Flüchtlinge angestachelt zu haben. SDA

Satiriker Böhmermann kritisiert Merkel

Hamburg. Der deutsche Satiriker Jan Böhmermann kritisiert Kanzlerin Angela Merkel für ihr Verhalten nach der Veröffentlichung seines Schmähgedichts. «Die Bundeskanzlerin darf nicht wackeln, wenn es um die Meinungsfreiheit geht», sagte er. «Doch stattdessen hat sie mich filetiert, einem nervenkranken Despoten zum Tee serviert und einen deutschen Ai Weiwei aus mir gemacht», sagte der 35-jährige ZDF-Moderator in *Die Zeit*. SDA

Türkei erteilt Visafreiheit für Zypern

Ankara. Die Türkei will die Visumpflicht für insgesamt elf EU-Staaten inklusive Zypern aufheben und erfüllt damit eine wichtige Voraussetzung für das visafreie Reisen ihrer Landsleute in die EU. Damit gälte dann die Visafreiheit für alle 28 EU-Staaten. Diese Aufhebung ist eine der 72 Voraussetzungen, die die Türkei laut Flüchtlingsabkommen mit der EU erfüllen soll. SDA